

Druckbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

## Das Programm des Partikularismus.

### Held vor dem bayerischen Landtag.

München, 2. Juli. (W.F.B.) Bei überfüllten Tribünen und gut besetztem Hause gab in der Plenarsitzung des bayerischen Landtages am Mittwochvormittag der neue Ministerpräsident Dr. Held folgende Ministerliste auf Grund des § 58 der Verfassungsurkunde bekannt.

Unterricht und Kultus Matt, Inneres Ministerialrat Stuebel, Justiz Guertner, Finanzen Dr. Krausned, Landwirtschaft Professor Febr, Soziale Fürsorge Oswald, Handel v. Weinel, Staatssekretär im Handelsministerium Schmidt, das Meisterei übernimmt der Ministerpräsident selbst.

Abg. Strasser (W.F.B.) stellt fest, daß die heutige Regierungsbildung wieder acht Ministerien und ein Staatssekretariat vorsieht, obwohl der Landtag seinerzeit die Verminderung der Ministerien von acht auf fünf beschlossen habe. Der W.F.B. Block lege vor dem ganzen bayerischen Volke schärfste Verwahrung dagegen ein, daß in einer Zeit, da Tausende von Beamten abgebaut würden, die Sparmaßnahmen des Landtags ohne weiteres mißachtet würden. Abg. Dr. Buttman (W.F.B. Block) beantragt, über die Ministerliste einzeln abstimmen zu lassen. Abg. Frau Aschenbrenner (Komm.) gibt eine längere Erklärung ihrer Fraktion ab, daß die Regierung eine ausgesprochene Interessenvertretung der partikularistischen bayerischen Reaktion darstelle. Die kommunistische Fraktion spreche der Regierung Held daher schärfstes Mißtrauen aus. Sie werde nichts unversucht lassen, an ihre Stelle die Diktatur des Proletariats zu setzen. (Lachen rechts und in der Mitte, Bravo! bei den Komm.)

Nachdem Präsident Königshausen festgestellt hat, daß eine getrennte Abstimmung über die Ministerliste bisher nicht Brought war, wird eine solche gegen die Stimmen der Kommunisten und des W.F.B. Blocks abgelehnt. Der Präsident stellt fest, daß die Ministerliste die Zustimmung des Hauses gefunden habe. Abg. Buttman (W.F.B. Block) gibt hierauf eine Erklärung ab, daß die Wiederkehr der Minister Matt und Guertner in das neue Kabinett den W.F.B. Block veranlasse, dem Kabinett als ganzem ablehnend gegenüberzutreten. Sodann entwickelt der Ministerpräsident Dr. Held sein Regierungsprogramm.

### Helds Regierungsprogramm.

In der sich anschließenden Programmrede verbreitet sich der neue Ministerpräsident, ohne irgend etwas zu sagen, über die europäische Frage, über die Lösung der Rheinfrage und die Pfalz. Er geht dann zu den inneren bayerischen Fragen über und erklärt vieldeutig und unbestimmt:

„Das vergangene Jahr habe das politische Leben Bayerns und den bayerischen Staat selbst allerhöchsten Erschütterungen ausgesetzt, deren Folgen namentlich auch nach außen außerordentlich schwächend gewirkt hätten und die noch lange nicht überwunden seien. Voraussetzung und Garantie jeder Freiheit sei nur der Staat, der getragen werde von einer einheitlichen Gewalt und Autorität. Die Hauptursache der unseligen, den Staat in seinen Grundfesten bedrohenden Entwicklung liege zweifellos in

der Revolution von 1918, die das schwerste Verhängnis für die Staatsbestimmung des Volkes und seine Wohlfahrt gewesen sei.

Was sich inzwischen alles an solcher Einstellung zum Staat ausgewirkt habe, Gärungen, Aufstandsversuche usw., finde seine Erklärung, wenn auch nicht seine Entschuldigung, als Folgewirkung des gewaltigen Umsturzes vom November

1918. Das oberste Ziel der Regierungen unserer Tage muß sein, so fuhr der Minister fort, jede Revolutionsgewinnung zu überwinden durch die Erziehung zum Staat und für den Staat. Die verfassungsmäßige Regierung allein kann Trägerin der Staatsgewalt sein.

Eine bewaffnete Macht außerhalb und neben der Staatsgewalt darf es in einem geordneten Staat nicht geben. Jede Nebenregierung führt auf die Dauer zum Ruin des Staates.

Alle vaterländischen Bewegungen und Organisationen, deren Ziel die Größe und Wohlfahrt der Gemeinschaft ist, sind aufrichtig zu begrüßen. Engherzige parteipolitische oder machtpolitische Ziele einzelner dürfen in solchen Bewegungen keine Rolle spielen. Revolutionsbeamte sind in einem Rechtsstaat in jeder Fassung unmöglich. Ihrer muß sich die Staatsregierung durch eine strenge Anwendung ihrer disziplinarischen Gewalt erwehren. Die Führung der bayerischen Regierung müsse und werde unter allen Umständen die absolute Unabhängigkeit und Freiheit der nur dem Gesetz und dem eigenen Gewissen unterworfenen Richter schützen, die Justizverwaltung nach den Grundgesetzen einer gewissenhaften Gerechtigkeit pflegen, die Sicherung der Rechtsgleichheit angestrebt werden und die Justizhoheit des bayerischen Staates als eine wesentliche Voraussetzung

### wirklicher Eigenstaatlichkeit

zu erhalten trachten.“

Weiter behauptet der Ministerpräsident, er „betenne sich freudig zum Reich, zu seiner Einheit, Geschlossenheit und Größe und vor allem zu einem Programm der Reichspolitik, das die Weltgeltung des Reiches und seinen Einfluß in der äußeren Politik wieder neu fundiert, zielbewußt aufbaut und dauernd sichert“. Diesem Lippenbekenntnis zur Einheit des Reiches folgt die Forderung auf Aufhebung der Weimarer Verfassung und Durchführung der partikularistischen Bestrebungen der bekannten bayerischen Denkschrift:

„Für den inneren Aufbau des Reiches sehe ich die Voraussetzung seiner Gesundung und Wiedererstarkung nicht in einer schablonenhaften Unitarisierung. Kraftvolle, in ihren eigenen Verhältnissen möglichst

### freie Einzelstaaten in eigener Hoheitsstellung

sind ein besseres Fundament für die Reichsgröße und Reichseinheit, als sie in der

zwangsmäßigen Vereinheitlichung nach der Weimarer Verfassung gegeben ist. 44 Jahre deutschen Reichs- und Staatslebens sollen uns eine andere Staatsform vermittelte haben. Ich stehe, was die Neuregelung des Verhältnisses zwischen den einzelnen Staaten und dem Reich bzw. die Umgestaltung der Weimarer Verfassung betrifft,

auf dem Boden der bekannten Denkschrift, die von der Vorgängerin, der gegenwärtigen bayerischen Regierung an die Reichsregierung gerichtet worden ist.

Inbesondere betone ich, daß in irgendeiner Form wieder eine höhere Selbstständigkeit unserer Eisenbahn und Post erreicht werden muß, und daß vor allem auch die Finanzhoheit des bayerischen Staates und seine eigene Finanzverwaltung, soweit es sich irgendwie mit den Bedürfnissen des Reiches und einer gesunden Entwicklung verträglich, wieder zurückgewonnen werden müssen.“

Held kündigt ein neues Konkordat und eine Neuregelung der Beziehungen des Staates zur protestantischen Kirche an, erludt die Presse, sich von konfessioneller Hege fernzuhalten. Der Programmrede des Ministerpräsidenten wird eine eingehende Aussprache der Parteien folgen.

Nach dem „Messaggero“ ist der neue Wirtschaftsminister mit der Vertretung Mussolinis auf der Londoner Konferenz beauftragt worden. Ein Diplomat wird ihm für politische und diplomatische Verhandlungen zur Seite gestellt werden.

### Gegen nationalistische Lügen.

Paris, 2. Juli. (W.F.B.) Ein offizielles Dementi räumt mit der Verdächtigung auf, mit der eine gewisse Presse (voran das nationalistische „Echo de Paris“, das behauptet hatte, Deutschland habe zunächst eine Antwort mit Vorbehalten überreicht, die von den Vertretern Frankreichs und Englands als ungenügend zurückgewiesen worden sei. Red. d. „W.“) gearbeitet hat, um die Absicht der deutschen Regierung zu verflüchten. Havas veröffentlicht folgende Erklärung: „Entgegen gewissen Behauptungen wird festgestellt, daß das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten nur eine einzige deutsche Note hinsichtlich der Militärkontrolle erhalten hat. Es hat den Inhalt der deutschen Note erst kennen gelernt, als sie ihm am 30. Juni durch den deutschen Botschafter zugestellt wurde.“

### Ein neuer Faschistenanschlag.

#### Ueberfall auf einen Sozialisten.

Paris, 2. Juli. (U.) Die Agence Journaler meldet aus Rom, der frühere sozialistische Abgeordnete Angella sei von zwölf Unbekannten überfallen worden. Auf die Hilfe des des Abgeordneten eilten ihm ungefähr 20 Personen zu Hilfe und zwangen seine Angreifer, die Flucht zu ergreifen. Ein Bürger hat die Behörden von den Missetatsversuchen unterrichtet. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Mac Adoo — demokratischer Kandidat. (Durch Funkgespräch.) Bei der Abstimmung des demokratischen Parteikonvents über die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten erhielten im ersten Wahlgang Mac Adoo 529, Gouverneur Smith 210 Stimmen. Die übrigen Stimmen verteilten sich auf die 17 anderen Kandidaten.

## Kiderlens Zeugnis.

### Dolchstoß — oder Untergang durch eigene Schuld?

Reaktionärer Köhlerglauben läßt das alte Regime Deutschlands an einem Dolchstoß von hinten sterben. Indes muß man es diesem alten Regime lassen, daß es sich hinsichtlich der Gründe seines Todes selber viel aufrichtiger gezeigt hat. Sein eigenes Bekenntnis liegt vor in einer ganzen Bibliothek von Memoiren, Denkwürdigkeiten, Erinnerungen, Briefen seiner eigenen Vertreter. Und wenn man nach dem Vorbild der alten morgenländischen Anekdoten den Inhalt dieser ganzen Bibliothek, die kaum vierzig Kamele auf ihren Rücken davontragen können, in einen einzigen Spruch zusammenfaßt, so ergeben sich die Worte: „Mea culpa, mea culpa, mea maxima culpa!“ „Meine Schuld, meine Schuld, meine allergrößte Schuld!“

Von Wilhelm Vater, Wilhelm Sohn, Hohenlohe, Bülow, Bethmann, Hindenburg, Ludendorff, Tirpitz, Moitte II., Zedlitz-Trützschler, Jagow und zahlreichen anderen Repräsentanten des alten Regimes sind Schriften erschienen, die meist der eigenen Entlastung und Selbstweihrauchung dienen, in der Beurteilung der anderen und des Ganzen aber dafür desto rückichtsloser sind. Hier fließen für den republikanischen Geschichtsschreiber des Kaiserreichs unzählige, kaum ausgenützte Quellen. Aus ihrer kritischen Auswertung und Zusammenfassung müßte sich ein Strom der geschichtlichen Wahrheit ergeben, der alle künstlichen Konstruktionen monarchistischer Geschichtsklitterung hinwegspülen würde wie Kinderspielzeuge.

Die lange Reihe jener Anklageschriften wird jetzt durch zwei Bände Briefe und Denkschriften von Kiderlen-Wächter ergänzt, die von Ernst Jaech herausgegeben und von der Deutschen Verlagsanstalt verlegt werden. Auch sie dienen dem Nachweis, daß gerade ihr Verfasser kraft seiner hohen Einsicht und seines Charakters eigentlich berufen gewesen wäre, den Karren aus dem Dreck zu ziehen, wenn nicht eben die Widerstände von anderer Seite, Widerstände, die im System lagen, so stark gewesen wären und nicht schließlich ein zu früher Tod seine Arbeit jah beendet hätte. In dieser Beziehung ist auch das neue Memoirenwerk typisch. Es ist unglaublich, wie viel „Retter“ Deutschland gehabt hat schon zu einer Zeit, in der es ihm äußerlich glanzend ging. Nur leider kam ihnen alles etwas dazwischen. Sie waren alle verhinderte Vaterlandsretter!

Der Schwabe v. Kiderlen-Wächter war 1909 vom Botschafterposten nach Berlin geholt worden, um die Leitung des Auswärtigen Amtes zu übernehmen. Er erlag 60jährig Ende 1912 einem Schlaganfall. Als er das Amt übernahm, war der Kreis der diplomatischen Abmachungen rings um Deutschland herum so gut wie geschlossen. Bethmann rief ihn zu Hilfe für den an sich richtig gedachten Versuch, diesen Ring zu durchbrechen und zunächst mit England bessere Beziehungen anzubahnen. Die „Nebelungen-treue“, die „in schimmernder Wehr“ mit Oesterreich auf dem Balkan durch die und dünn ging, war nicht nach Kiderlens, des Balkankenners, Geschnack; er hat sie durch eine Art von „mürrischer Solidarität“ erkehen wollen. Daß das blinde Hinterdreinschauen hinter Oesterreich für Deutschland lebensgefährlich war, hatte Kiderlen richtig erkannt. Ob er aber deshalb der Mann gewesen wäre, die Lawine des Weltkrieges mit seinem starken Arm aufzuhalten, wird billigerweise bezweifeln, wer sich dessen erinnert, daß gerade Kiderlen der Hauptschuldige des „Panthersprungs nach Agadir“ gewesen ist. Die vollkommen unfruchtbare deutsche „Marokkopolitik“ hat ebenso die Feindschaft Frankreichs gegen Deutschland verschärft, wie die ebenso vollkommen unfruchtbare Flottenpolitik jede Verständigungsmöglichkeit mit England zerstückelt. In dieser Beziehung können sich also die beiden politischen Antipoden, Kiderlen und Tirpitz, die Hand reichen:

Von Tirpitz sagt Kiderlen in einem Brief an seine vertraute Hausdame und Egeria, Hedwig Rypke:

„Ich bin ein Gegner von Tirpitz, weil ich fürchte, daß seine Politik uns den Krieg mit England bringen wird. Ich halte Tirpitz für den größten Lügner, den Berlin je pflegt.“

Habe ich Dir die Geschichte aus dem Reichstag schon erzählt? Im Hauptauschuß trägt Tirpitz vor. Ein alter erfahrener Abgeordneter sieht währenddessen zur Decke empor. Das fällt schließlich seinem Nachbar auf. Auf dessen Frage erwiderte der Deckengucker: „Ich will sehen, wie die Balken sich biegen.“

So einer der Paladine Wilhelms über den anderen, der heute noch lebt und Kandidat der Deutschnationalen für den Posten des Reichslanzlers ist!

Und wie urteilt Wilhelm II. über seinen eigenen Reichslanzler Bülow? Auf einem Spaziergang im kleinen Garten des Berliner Schlosses erzählt er: „Hier habe ich das Luder davon gejagt!“ Wozu Kiderlen nicht uneben bemerkt:

„Wundert mich nur, daß er „das Luder“ zehn Jahre lang behalten hat. Fällt doch auf ihn selber zurück!“

Die alten Generäle, die die Umgebung des Alleinherrschenden bilden, nennt Kiderlen „feige verlogene Gefellen“.

Zur Selbstcharakteristik Wilhelms des Sohns, der noch immer hoffnungsvolle, wird folgender Brief aus der Zeit des Tripoliskrieges wiedergegeben:

„Euer Eryellenz,

verzeihen Sie dies blödsinnige Papier (auf dem Briefbogen ist, wie der Herausgeber dazu erwähnt, eine Kofette

### Breitscheid stellt Strafantrag.

Genosse Breitscheid teilt uns mit, daß er gegen den General von der Goltz wegen seiner auf der Tagung der Vaterländischen Verbände aufgestellten Behauptung, er (Breitscheid) habe die Ernennung des Generals Rollet zum französischen Kriegsminister betrieben und sei für die Note über die Militärkontrolle mitverantwortlich, Strafantrag bei der zuständigen Staatsanwaltschaft gestellt hat.

Desgleichen hat Genosse Breitscheid Strafantrag gegen die „Mitteldeutsche Rundschau“ in Leipzig gestellt, die die Mitteilung über seine Unterredung mit Herriot mit der Ueberschrift „Der Landesverrat Breitscheids“ versehen hat.

### Die Vorbereitung der Londoner Konferenz.

#### Beratungen der französischen Regierung.

Paris, 2. Juni. (W.F.B.) Gestern nachmittag fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Herriot im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten eine Zusammenkunft statt, an der insbesondere Barthou, Maurière und Peretti della Rocca teilnahmen. Diese Zusammenkunft hatte zum Zweck, die Probleme zu prüfen, welche die Ausführung des Dawes-Planes aufwirft.

#### Die Vertretung Italiens.

Rom, 2. Juli. (W.F.B.) In der „Tribuna“ wie im „Popolo d'Italia“ sagt der Senator Morelli, dessen Beziehungen zu dem Ministerpräsidenten bekannt sind, daß Mussolini auf der Londoner Konferenz nicht persönlich erscheinen werde, da ihn die innere Lage Italiens von einer solchen Reise abhalte. In einer späteren Konferenz, wo die weiteren Fragen der internationalen Schulden und der Sicherheiten für Frankreich zur Verhandlung kommen würden, würde Mussolini zugegen sein.

abgebildet), ich habe aber kein anderes momentan. Also ich verhalte mich nicht recht, warum in diesem günstigen Augenblick uns nicht offen mit den Türken zusammenzusetzen. Wir hätten uns ja einen Preis für unsere Freundschaft geben lassen können: Pachtung von Teilen von Kleinasien oder so was. Dann die Italiener ruhig laufen lassen, ruhig tun sie uns doch nie, und Dankbarkeit gibt es ja in der Geschichte nicht. Aber ich bin vielleicht zu dumm. Ich wäre jedoch sehr dankbar, wenn Sie mir in ein paar Worten mit Brief andeuten könnten, was für Gründe vorliegen, um diese Chancen aufgeben zu lassen.

Mit bestem Gruß Ihr  
Wihelm, Kr.

Das tolle Nebeneinander-, Durcheinander- und Gegen-einanderregieren, das in der auswärtigen Politik während der Regierung Wilhelms II. bestand, läßt sich kaum schildern. Die Denkmürdigkeiten Kiderlens geben zahllose Belege dafür. Eine verhängnisvolle Rolle spielten dabei die sogenannten „Immediatsstellen“, d. h. diejenigen Stellen, die das Recht hatten, mit dem Kaiser recht direkt zu verkehren und auf diese Weise Entscheidungen zu erzielen, von denen die beteiligten Ressorts oft erst viel später, oft nur durch Zufall erfuhren. Im Jahre 1911 reichte Bethmann ein Abschiedsgesuch ein, weil Wilhelm über seinem, des verantwortlichen Kanzlers Kopf hinweg, dem Botschafter in London eigene Anweisungen gegeben hatte. Derselbe Bethmann schreibt eines Tages an Kiderlen: „Eigentlich ist diese ganze Politik derart, daß sie nicht mitmachen kann!“ Man denke, der „verantwortliche“ Kanzler, der die Politik doch eigentlich selber machen sollte, kann sie „eigentlich nicht mitmachen“ — — macht sie aber doch „mit“!

Das alles sind Dinge, die sich noch lange vor dem Weltkrieg abspielten. Dann dauerte es aber noch mehr als vier Jahre, bis das Ganze schließlich endete, wie es enden mußte, im Zusammenbruch. Das war der berühmte „Dolchstoß von hinten“, ohne den nach der reaktionären Legende die alte Herrlichkeit auch heute noch dastehen würde, „herrlich wie am ersten Tag“.

In Wirklichkeit gibt es in der Geschichte Deutschlands nur ein Rätsel. Das Rätsel nämlich, wie es so lange dauern konnte, bis das Unvermeidliche, das Selbstverständliche, das eigentlich schon längst fällig gewesen, schließlich doch eintrat!

### Volksparteiliche Heuchelei.

Wer Gelegenheit hat, den Rächtegegn-Staatssekretär von Eynern mit der Miene eines blasierten Korpsstudenten im Berliner Rathaus zu sehen, wird nicht wenig erstaunt sein, in einem von ihm verfaßten Artikel der „Nationalliberalen Korrespondenz“ folgende Beteuerung zu finden:

„Es mag von höherer Warte aus bedauerlich erscheinen, daß gerade in der Hauptstadt des Reiches der Konflikt zwischen der Sozialdemokratie auf der einen und den sämtlichen nichtsozialistischen Parteien auf der andern Seite so scharfe Formen angenommen hat. Wer die Berliner Verhältnisse kennt, weiß, daß gerade hier die wildesten und extremsten Verfechter (!) der sozialistischen Gedanken, weil das Hepter in Händen tragen und eifrig darauf bedacht sind, die Gedanken an einen vernünftigen Ausgleich, auch auf kommunalpolitischen Gebiete, nicht hochkommen zu lassen. So wird über kurz oder lang die Bürgerschaft erneut entscheiden müssen, und wir wollen hoffen, daß dann endlich, gestützt durch die trübten Erfahrungen der letzten Jahre, sich eine feste Mehrheit bilden wird, die gewillt ist, Verantwortung zu tragen und die Würde des Berliner Stadiregimentes (mit Herrn Bert zusammen!) zu wahren und zu hüten.“

Wirklich, es ist furchtbar, mit diesen „wildesten und extremsten Verfechtern der sozialistischen Gedankenwelt“, die unter der Führung des Reichstagsabgeordneten Heimann sich im Berliner Rathaus breitmachen und es solchen ehrlichen und verständigungs-bereiten Wiedermännern wie Herrn von Eynern erschweren, in Frieden mit ihren Mitmenschen auszukommen. Andere Leute behaupten freilich, und wie uns scheint mit etwas mehr Recht, daß Herr von

Eynern, dem es in der preussischen Landtagsfraktion bis jetzt noch nicht gelungen ist, die preussische Regierungskoalition zu sprengen, im Berliner Rathaus mit mehr Erfolg sich als Einpeitscher des Bürgerblocks und Schürer der Gegenläufe betätigt. Wer ihn dort an der Arbeit gesehen hat, kann jedenfalls nur sagen, daß das Bedauern des Herrn von Eynern über den Konflikt in Berlin nichts anderes ist als eine heuchlerische Redensart.

### Ein deutschnationaler Kulturkampf.

Das Recht auf Hegeloi.

Seit Monaten ist die deutschnationalen und völkische Volksfront über eine neue Gemeinheit preussischer Regierungskreise in die obligate Entrüstung geraten. Seit Jahren ist die Insel Borkum der Schauplatz wüster und ekelhafter antisemitischer Ständlungen. Das Borkumlied ist die Hymne jenes Völkchens, der seine arisch-deutsche Kulturbefähigung durch Abfingung widerlicher Pogromlieder zu betonen beliebt. In wilhelminischen Zeiten wurde dieser Ständ von der Regierung, die sonst jeder Ausschreitung sehr schnell ein Ende zu machen verstand, liebevoll geduldet und gehegt, mindestens wurden beide Augen zugedrückt. Jetzt haben sich der zuständige Landrat und Regierungspräsident energisch gegen diese Stände gewandt und der Borkumer Kurkapelle unter Androhung der Beschlagnahme ihrer Musikinstrumente das Spielen des sogenannten Borkumliedes untersagt. Um diese Anordnung des Regierungspräsidenten hat sich aber dann sehr bald in Borkum kein Mensch mehr gekümmert. Jetzt erlebt man den selbst im republikanischen Deutschland etwas ungewöhnlichen Fall, daß das preussische Amtsgericht in Emden durch eine einstweilige Verfügung vom 27. Juni d. J. dem Regierungspräsidenten in Aurich und den ihm untergeordneten Stellen Anweisung erteilt, das Spielen der Kurkapelle und des Borkumliedes in Zukunft nicht zu verhindern unter Androhung einer Strafe von 100 000 Goldmark für jeden Fall der Zuwiderhandlung. Die Leitüre der „Deutschen Tageszeitung“ und anderer „freihetlicher“ Blätter, die in langen Tiraden sich über die Eingriffe der preussischen Behörden in die verfassungsmäßig gewährleisteten Freiheiten der Staatsbürger entrüsteten, scheint auf das Emdener Amtsgericht bestrickend gewirkt zu haben. Diese einstweilige Verfügung stellt doch wohl der Gipfel dessen dar, was wir von preussischen Gerichten haben erleben müssen. Man kann wirklich gespannt sein, wie sich der preussische Justizminister gegenüber diesem Amtsgericht verhalten wird.

### Gesunde Finanzen oder neue Inflation?

Die deutschnationale Steuerfabotage.

Der Druck der Wirtschaftskrise hat zu einem allgemeinen Sturm auf die Steuerlasten geführt. Es soll nicht bestritten werden, daß die jetzige Steuererhebung, die einem Proportum immer anhaftenden Ungleichheiten aufweist. Aber sie rechtfertigt nicht das allgemeine Verlangen nach Steuererhöhung und Steuerermäßigung.

Wie immer, so hat auch jetzt der Reichslandbund dabei die Führung. Er und die Deutschnationalen haben nie Verantwortung gegenüber den Reichsfinanzen und der Währung empfinden. Sie haben das Reich in die Inflation hineingetrieben und würden jetzt denselben Zustand erzielen, wenn man ihren Forderungen entsprechen würde.

In einer Erklärung des Reichslandbundes zu der am Freitag im Reichstag abgegebenen Erklärung wird der Reichsregierung gegenüber in der demagogischen Aufmachung der Einbruch zu erwecken gesucht, als wenn die jetzige Steuerbelastung nur aufrecht erhalten würde, um die Wirtschaft zu ruinieren. Daß aus einer solchen Kampfesweise die Steuerfabotage notwendigerweise erwachsen muß, ist den Herren Großagrariern und deutschnationalen Parteiführern durchaus bewußt.

Angesichts dieser Tatsache ist es erfreulich, daß der Reichsfinanzminister Dr. Luder in einem Interview einem ausländischen Journalisten gegenüber den Ernst der Lage der deutschen Reichsfinanzen dargelegt hat. Dr. Luder hat darauf verwiesen, daß man bei der Beurteilung der Finanzen Deutschlands die

Finanzlage und die augenblickliche Kassenlage genau auseinanderhalten müsse. Das Reich habe gegenwärtig ein Guthaben von etwa 200 Millionen Mark, die sich in der Hauptache aus der Begebung kurzfristiger Rentenmarktschuldwechsel, der Gewährung kurzfristiger Kredite der Rentenbank zusammensetzen. Mit solchen kurzfristigen Schulden könnten aber Verpflichtungen des Reiches nicht wirklich bezahlt werden. Vielmehr könne das Reich nur Zahlungen insoweit leisten, als diesen Zahlungen dauerhafte wahrhafte Einnahmen in Gestalt von Steuern oder von langfristigen Anleihen gegenüberstehen.

Die wirkliche Finanzlage des Reiches sei ernst. Der dem Reichstag vorliegende Haushaltsplan für das Jahr 1924 weist einen Fehlbetrag von 470 Millionen Mark auf. Wenn das Reich trotzdem noch immer zahlungsfähig geblieben sei, so beruhe das darauf, daß in dem seit 1. April laufenden Rechnungsjahr noch gewisse Beträge aus den in den Wintermonaten erhobenen einmaligen Steuern und aus den Darlehen, die die Rentenbank gegenmäßig dem Reich gegeben hat, entnommen werden konnten. Freilich stehen diesen Beträgen gegenüber die Aufwendungen, die das Reich, um seine Währung zu erhalten, für den Ankauf der Goldanleihe hat machen müssen. Andererseits ist das Gesamtergebnis der Steuern in den ersten Monaten des Rechnungsjahres etwas günstiger gewesen.

Nur dadurch und durch dauernd sorgfältige Ausgaben-drosselungen sei es überhaupt möglich gewesen, bisher die Last zu tragen, die uns durch die immer noch andauernde Besetzung des Rhein- und Ruhrgebietes einschließlich der Vorenthaltung der dortigen Zolleinnahmen usw. immer noch auferlegt werden, obgleich im Sachverständigenrat auf das deutlichste dargelegt ist, daß die deutsche Wirtschaft diese Lasten nicht aufzubringen vermag.

Dr. Luder erklärte ferner, daß er „mit größter Sorge in die Zukunft blicke“ und sich erkenne, daß diese Sorge gesteigert sei durch die zahllosen Steuerermäßigungsanträge der Deutschnationalen, durch die Gefahr des weiteren Rückganges der Reichseinnahmen hervorgerufen werde. Er rechne mit einem Fehlbetrag des Reiches am 1. Oktober von 140 Millionen, zu dessen Abdeckung weder neue Steuern möglich seien, noch eine langfristige Anleihe in Aussicht stehe. In diesem Betrag sei die Summe für die Zins-Reparationsleistungen an Kohle noch nicht enthalten.

Nach diesen Darlegungen kann man ersehen, welche Beschäftigkeit und Gewissenhaftigkeit in dem Verhalten derjenigen Kreise zu erblicken ist, die jetzt den allgemeinen Sturm auf die Steuererhebung führen. Jeder Erfolg, den diese Herrschaften davontragen, führt zu einer neuen Inflation. Die Entlastung der Wirtschaft, die bei Verminderung des Abgabes und Stöckung des Erwerbslebens schließlich in absehbarer Zeit herbeigeführt werden muß, ist aber nicht auf dem Wege sofortiger Verminderung der Steuerlasten zu erreichen. Das ist nur möglich durch die Ausführung des Sachverständigenratens, durch das

erstens die deutsche Wirtschaft von den Ricumlasten in der Höhe von rund 1 Milliarde Goldmark im Jahre befreit wird und

zweitens das Reich von den Besatzungskosten und ähnlichen Aufwendungen befreit wird, die ebenfalls jetzt fast eine Milliarde Goldmark pro Jahr erfordern.

Die Rentner, die kleinen Sparrer aber, denen die Deutschnationalen jeden Tag erzählen, daß sie ihre Guthaben ohne weiteres aufwerten würden, können erkennen, daß es sich dabei um das demagogische und gewissenloseste Gaukelspiel handelt, das überhaupt nur möglich ist. Denn wenn die Deutschnationalen die neue Verminderung der Steuern durchsetzen, dann gibt es überhaupt keine Aufwertung dafür, aber die neue Finanzzerstückelung und die neue Inflation.

Englische Neuwahlen im Oktober? Die Radio-Agentur meldet aus London, es bestätige sich, daß unmittelbar nach der Annahme des Budgets die englischen politischen Parteien beginnen werden, sich in Erwartung der nächsten allgemeinen Wahlen zu organisieren, die nach der Meinung konservativer und liberaler Abgeordneter im Laufe des kommenden Oktober stattfinden werden.

### Die Kreuzelschreiber.

Angenrubers Bauernkomödie „Die Kreuzelschreiber“ gehört zur Gattung der soziales — Melodramatik. Dieses Stück ist deshalb für die Sommerferien ganz besonders geeignet. Es hat alles, was das Herz des sommerlich gesaunten Theaterbesuchers begehrt: Berge, Sternennächte, Grün, Räder, echte Bauernmilch und Bodengewänder, Jägerhüte und jenes Quantum Philosophie, dessen Geschwinder Mutterwitz und Naivität heißen. Ein hammesbrüderlicher Jodler, der den Gang der Handlung musikalisch untermauert, klingt gelegentlich, wie ein Ruf nach der „Berichtigung mit dem Richtigende“ — wenigstens für einen Abend. Im Norden verfährt sogar ein hochdeutsches gemäßigter Dialekt mit dem etwas naiv aufgetragenen Rathaus. Ein Problem, das hierzulande inaktuell ist — die Zubringlichkeit dummer Geistes und ihre Einmischung in die eheliche Erotik der österreichischen Bauern — interessiert dennoch, wirkt auch auf den nördlichen Stadtmenschen dank der Technik des gut und solide zimmernden Dramatikers.

Im Theater am Bülowplatz (Regie: Hans Fely) suchte man die vorhandenen Anknüpfungen zu steigern und sogar das Stille durch Lauterklärungen zu einem sommerlichen Klamaus — oder: um im Stille zu bleiben: — zu einer Hej — zu gestalten. Es schadete wenig, daß der Realismus noch überrealisiert wurde, so, daß er einen ordentlichen Glanz bekam. Leo Weukert als „Bauer vom Gelben Hof“ war am sichersten dort, wo er keine körperlichen Kräfte zeigen konnte — in der großen Brüllszene. Ein um die Gesetze der Bühne und Bewegung unbekümmertes Naturdurcheinander zeichnete ihn aus. „Sein Weib Jolepha“ gab Grete Bäck, eine intellektuelle Darstellerin von Talent inmitten dieses üppigen Naturlebens. Julius Sachs verriet den leuchtenden Humor der alten Heimat, einer der letzten Angenrubersmenschen; Gemüt, durch Literatur filtert.

Aber nur zwei Darsteller erhoben das Stück über das Niveau einer Sommerpielzeit: Karl Eitlinger und Emil Sind. Dieser als „der alte Brenninger“, der an der Dummheit seiner Frau stirbt, ein Opfer des Narus, aber auch seiner eigenen alten, gebrechlichen Ohnmacht. Er stirbt freiwillig zu freihetlichen Demonstrationen und stört dennoch die Bedenklust dieser Komödie nicht. Lind hatte die dünne, verärgerte Stimme des von Gott und seinem Weibe schikanierten Greises, schon die Vetterstimme des Jenseits, die bittere, ohnmächtige Jürrigkeit des Todgeweihten, den schiefen pessimistischen Mund, die Keinen erscheinenden und dennoch bauernschlau winternden Augen. Es war eine meisterhafte Episode.

Karl Eitlinger gab den philosophischen Hanswurst des Stückes: den „Steinkopferhannes“, den weisen Narren, den Stellvertreter des Dichters im Drama. Eitlinger ist der letzte Repräsentant der Wiener Komödienpleyer, ein im Norden unverständlicher, sehr oft verfallener Darsteller vom alten Restrop-Geist, den die Kritik nur selten geistig läßt, weil er, der positive Selbstkritiker, jede Kritik im Spiel vorwegnimmt. Man muß den österreichischen Wenzeln — nicht den Geschichtsklittern aus Wien — kennen, um Eitlingers kulturhistorische Substanz zu würdigen. Die Renner werden ihm einmal Tränen nachweinen. Immer weht um ihn das

traurige Humortopf derjenigen, die die letzten einer Generation und einer Tradition sind. Er ist immer von Reizop, auch wenn er Angenrubers spielt. Nach seiner großen Konfession im fünften Bild, in der er sich als naiver Parteiheld offenbart, erscholl spontaner Beifall. Er wurde am Schluß gerufen. Ihm und Emil Sind ist der ungewöhnliche Erfolg zu verdanken, der selbst das gestimmte Publikum der „Volksbühne“ zu einer minutenlangen Ekstase hinriß.

„Ein Märchen aus Florenz.“ Schwüle Stimmung im Charlottenburger Opernhaus. Nach 10 Minuten stellt man fest, nach 2 Stunden wiederholt man summarisch: Ralph Benazly, der das entzündende Grinzinger Lied sang, hat kein Talent für die Operette. Der Mann, der ein Meister des Kabarettinhalts ist, verpöht durch Schmachtsagen, Anleihen, Säuselien und Lamiam jede gut gemeinte Pointe. Der Mann, der so föhlich im Ravier seine Chanjans begleitet, seiner Gattin in den Mund hinein spielt, hat keine Ahnung vom Orchester, von den Reimendigkeiten einer Rolle, vom Tempo eines Theaterstücks. Sein Stil ist etwa: lustige Witze dindiert durch Hildbad. Und ein kleiner Zufuch Wda. Ein leidlich flottes Sportlied wird aufgepuffert, ein Gedächtnisliedchen von italienischen Frauen dreimal von schlecht berahener Claque gefordert. Dann dirigiert der Komponist die gleiche Richtigkeit noch sechsmal im Zwischensatz. Welche bengalische Beleuchtung, welche Vertennung der Werte und Wichtigkeiten! Es tut uns leid um den tapferen Kabarettmann Benazly, der hier so ganz verlor, um drei Terzibilder, die nicht eine einzige humoristische Idee hatten, um Grete Freund, die keine Rolle bekam, um Lauber, der um 1000 Dollars pro Abend sein Renommee aufs Spiel setzt. Seinem hohen b brauflis ortanartig der Jubel des Hauses entgegen. Eke Müller, Franz Fely und Max Brod — sie gaben ihr Bestes; ebenso ein schwingender Dirigent (aber hier war das Beste nicht viel Gutes). Gestiel das Märchen? Es fiel — ein Reif in der Frühlingssnacht.

Deutsches Theater: „Clubleute.“ In dieser schlichten Zeit haben die Direktoren ihre liebe Not, die Theater zu füllen. Das Deutsche Theater ging sicher und wählte das vor Jahren als zugräftig erprobte Lustspiel „Clubleute“ von Fritz Friedmann. Friedrich. Die Sommerdirektion war sogar ganz vorsichtig und engagierte sich die beiden Metadoren von damals, Max Adalbert und Max Bando. Und das war eine praktische Vorkehrungsmaßnahme: Die „Clubleute“ haben ihre Zugkraft bewahrt, das Publikum amüsierte sich föhlich; aber das war nicht das Verdienst des Stückes, das teilweise drastisch komisch, teilweise schmierig eieich in literarischen Zwiespalt gerät und daher von seiner Föhheit bedroht wird, sondern des Max Bando und vor allem des unverwundlichen Max Adalbert, dessen galliger verbissener, quärenderer „Onkel Wieg“ seinen Ruhm als einjanziger Typendarsteller gesichert hat. Adalbert war gestern wieder in bester Form. Mit seiner übermütigen Laune und seinen plötzlichen Einwürfen erzielte er sogar auf der Bühne bei seinen Kollegen Vollerfolge und brachte sie mehrmals aus dem Konzept. Ein dürres Männchen mit unwahrscheinlichen Turmschädel, einem ausgefahrenen Gebroch, der nie modern gewesen sein konnte, und Korfenzieherhofen, die ganze Gestalt wie von Wotten zerfressen, das war diesmal sein Onkel Wieg. Mit ewig quängelnder Stimme, stets

gleichbleibendem Tonfall, steinern ernstem Gesicht sagt er die feinsten Dinge, indem er als tonangebender Senior der Familie das große Wort führt. Max Bando ist sich in den Jahren, in denen wir ihn nicht gesehen haben, gleich geblieben: der vornehme, blasierte Ledemann, elegant wie aus dem Modejournal und von volldemem Kavallerierum. Die übrigen Darsteller waren nicht auf der Höhe. Im ganzen war der Abend ein Erfolg.

Kurfürstendamm-Sommerunterhaltung. „Ein Fehltritt.“ Schwank von Eugen Burg und Louis Lauffstein, wird im Theater am Kurfürstendamm gespielt. Gott, ist das eine verwirklichte aristokratische Anlegenheit. Ein sojuzagen gräfliches Paar hat im Punkte der Folgen vorhehlicher Verhältnisse beiderseitig einiges auf dem Kerbholz. Es tritt nun einer in diese ungeträbt langweilige Dauerehe, wobei es die Autoren nettlich fügen, daß ihn beide Teile als die inzwischen hochgemachte Folge vorhehlichen „Fehltritts“ ansehen. Schließlich stellt es sich heraus, daß er weder „ihrer“ noch „seiner“ ist. Im dritten Akt wird der Dsch um das schlechte Gewissen etwas zu weit geführt und im Bestreben, alle Möglichkeiten zu erschöpfen, wird die Sache schließlich langweilig. Bis dahin ist es eine annehmbare Kurfürstendamm-Sommerunterhaltung. Hans Ubers spielt den jungen Mann, der dem gräflichen Paar die Kopfschmerzen bereitet, in einer sehr munteren Art. Außer Eugen Burg wäre noch Ida Wüst zu nennen, die augenscheinlich mit viel Vergnügen bei der Sache ist.

Algen gegen die Mückenplage. Ein wirksames Mittel gegen die im Sommer so lästige Mückenplage will, wie in der „Umschau“ berichtet wird, ein spanischer Gelehrter gefunden haben. In unseren flachen Teichen und Seen mit schlammigem Grunde, die die Hauptbrutplätze der Mücken und Schnaken sind, kommen eigenartige Algen in einer Tiefe bis zu 3 Meter vor, die sich wie Moose mit Wurzelhaaren im Boden festhalten. Infolge der armleuchterartigen Verzweigung ihrer Körper haben sie den Namen Armleuchteralgae erhalten. Eine der gewöhnlichsten Vertreterinnen dieser Familie ist Chara hispida. Wie nun Untersuchungen in den Tümpeln bei Valencia ergeben haben, waren alle Wasseransammlungen, in denen diese Art vorkam, von Schnaken und Moskitos völlig frei. In Teichen, in denen es keine Chara gab, waren die Larven der Stechmücken in Mengen zu finden; dagegen starben die Larven in Wässern, die Chara hispida enthielten, sofort ab, wie zahlreiche Versuche gezeigt haben.

Ein neues Mittel gegen Seckkrankheit. Der „New York Herald“ teilt die Resultate einer neuen Behandlungsweise mit, die in letzter Zeit bei Seckranken angewendet wurde und großen Erfolg hatte. Alle zur Seckkrankheit neigenden Passagiere, die auf dem Schiff Sauerstoffhalogenen vorgenommen hatten, fühlten sich erleichtert und hatten keinerlei Beschwerden. Es soll schon eine ganz geringe Menge Sauerstoff genügen, um sich vor der Seckkrankheit zu bewahren. Der Sauerstoff wird eingatmet durch ein kleines tragbares Apparat, den jeder auf Reisen mitnehmen kann.

Der Sturm. Auf der Rumokstellung werden außer den egyptischen Gemälden von Karel Bernab Arbeiten von Henri Berlioz Barjau (Mediano-Zatur-Elemente, Gestaltung für Plafonds) gezeigt.

# Eine Rede Bernstorffs in Lyon.

## Starker Beifall bei den Franzosen.

Lyon, 2. Juli. (W.Z.) Die Vollerammlung des Kongresses der Vereinigungen für den Völkerverbund genehmigte die Resolution des Wirtschaftsausschusses, die das Sachverständigen-Gutachten begrüßt, seine Verwirklichung durch Völkerverbundorgane empfiehlt und hierfür Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund mit vollständigem Ratssitz bei Erfüllung der im Vortrage forderten Zusicherung für notwendig erklärt und den Grundgedanken des Wirtschaftsausschusses aufrechterhält. Der Präsident der deutschen Liga für den Völkerverbund

Graf Bernstorff

hielt dabei eine oft von starkem Beifall unterbrochene Rede, in der er betonte, daß zum ersten Male eine deutsche Delegation zum internationalen Kongreß nach Frankreich gekommen sei und in der er der französischen Völkerverbundvereinigung den Dank für ihren lebenswichtigen Empfang aussprach. Er hoffe, daß die Wahlen in Frankreich und England den

### Beginn einer neuen Epoche

der europäischen Geschichte bedeuten. Die deutschen Wahlen haben zwar ein starkes Anwachsen der radikalen Kräfte und Unken und eine Schwächung der Mittelparteien gebracht, aber die Reichsregierung verfüge über eine hinreichend starke Mehrheit für die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens. Damit ginge aber die Reparationsfrage der Lösung entgegen. Er versichere, daß die unbedingt notwendige Lösung der Reparationen und die Sicherheit Frankreichs die wichtigsten Fragen in den Augen der Reichsregierung seien und stelle fest, daß auch die Abrüstungsfrage gelöst sei. Deutschland sei völlig abgerüstet, und selbst wenn es Krieg führen wollte, was nicht der Fall sei, so könnte es das nicht.

Die Republik sei und werde bleiben; aber man solle Geduld haben und nicht vergessen, daß auch nach den Revolutionen in England und Frankreich noch lange Schwierigkeiten zu überwinden waren. Bernstorff warnte dann vor Ueberhebungen, die das Ausland in der Beurteilung der nationalpolitischen Kundgebungen begehe. Es sei selbstverständlich, daß in Deutschland das Nationalgefühl erwache und lebhafter sei als in anderen Ländern, da wir die Besiegten und Verwundeten dieses Krieges sind. Diesen durchaus unvermeidlichen Gemütszustand möge man verstehen und die deutsche Liga für den Völkerverbund läte alles, um ihn zu beschwichtigen.

Aber wenn das Ausland wichtige Interessen habe, so müsse es auch die wichtigen deutschen Fragen begreifen, nämlich die Notwendigkeit der Räumung der über den Inhalt des Versailles-Vertrages hinaus besetzten Gebiete und Erneuerung und Heimkehr für alle Deutschen, die sich am passiven Widerstand beteiligten. Zur Frage des Eintritts in den Völkerverbund erklärte Bernstorff, daß es besser sei, wenn Deutschland keine Ausnahme erst nach vorheriger völliger Verständigung mit Frankreich und England über andere Fragen ansuche. Er stimme daher der Resolution bei, auch deshalb, weil sie die Forderung nach dem Ratssitz enthält, auf den die öffentliche Meinung Deutschlands den größten Wert lege.

Nachdem der lebhafteste Beifall sich gezeigt hatte, dankte der französische Präsident des Wirtschaftsausschusses, Deputierter

Jean Hennessy,

dem Vertreter der deutschen Liga für seine Erklärungen, vor allem über die Abrüstung, die die französische Delegation ungemein befriedigt habe, unterließ aber eindringlich die Befürchtungen, die man in Frankreich vor neuen geheimen deutschen Kriegsmitteln habe, deren deutsche Nationalisten sich bedienen könnten, weshalb auch die erste Sorge der neuen Regierung, die ein Einvernehmen mit Deutschland wolle, die Aufklärung über diese Frage gewesen sei.

Er bat Bernstorff, auf die deutsche öffentliche Meinung einzuwirken, daß sie die Kontrolle zulasse, versicherte, daß Frankreich keine Annexionen besetzter Gebiete wolle, und gab der Hoffnung auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund mit Ratssitz, der ihm zuliebe, Ausdruck.

Der Vertreter des belgischen Vereins, Kollin, sprach hierauf kurz seine große Befriedigung über Bernstorffs Worte aus. Der polnische Vertreter teilte dem Vorstand des Kongresses mit, daß er den Einspruch gegen den Votus der Resolution über den deutschen Ratssitz aufrechterhalte.

# Die Wahl Maginots.

## Erregung der Unken.

Paris, 2. Juli. (Gaz.) Im Mittelpunkt der Betrachtungen der politischen Kreise steht jetzt die Wahl des früheren Kriegsministers im Kabinett Poincaré, General Maginot, zum Vorsitzenden des Heeresauschusses der Kammer und die unerwartete Niederlage des Kandidaten des linken Blods, Paul Boncour. Die Niederlage Boncourts ist lediglich dadurch möglich geworden, daß einerseits etwa 6 radikale sozialistische Abgeordnete, die der Kommission angehören, sich der Abstimmung enthalten haben, und andererseits eine Reihe anderer radikaler Abgeordneter, auf deren Stimme Boncour hätte zählen können, der Sitzung ferngeblieben sind. Es ist nicht sicher zu erkennen, auf welche tatsächlichen Gründe die Stellungnahme der linken Abgeordneten zurückzuführen ist, die den gemeinsamen Kandidaten des Blods fallen lassen haben, zumal in sämtlichen übrigen Kommissionen die Kandidaten des linken Blods in der vorgezeichneten Weise durchgedrungen sind. Ein wenig gelesen Morgenblatt, dessen Spezialität es ist, zu allen parlamentarischen Ereignissen kurze Interviews mit den führenden Parlamentariern zu bringen, veröffentlicht heute früh zu dem Ausfall der Wahl zum Heeresauschuss Erklärungen Boncourts, Maginots sowie des Sekretärs des Heeresauschusses. Boncour sagte:

„Fünf radikale Kommissionsmitglieder haben ihre Pflicht nicht erfüllt. Sie haben unter Vernachlässigung der eingegangenen Verpflichtungen Maginot durchgebracht. Dieser Zustand kann nicht andauern. Maginot kann nicht Vorsitzender bleiben. Wenn er es bleiben würde, so würde der augenblickliche Kriegsminister, General Kollé, gegenüber dem Heeresauschuss in einer unmöglichen Stellung sein.“

Maginot selbst äußerte folgendes: „Ich verdanke meinen Erfolg dem patriotischen Gefühl von 5 oder 6 Radikalen. Die Sozialisten müßten das erwarten.“ Der Sekretär des Heeresauschusses Goy meint: „Paul Boncour ist der Mann der achtmonatigen Dienstzeit. Seine Verlässlichkeit als Kriegsabgeordneter ist allzu scharf umrissen. Einige Radikale bekamen es mit der Angst, da sie Befürchtungen wegen der nationalen Verteidigung hegen. Maginot stützte ihnen in dieser Beziehung mehr Vertrauen ein.“

Die Antipresse zeigt sich mit dem Resultat außerordentlich unzufrieden. Der „Quotidien“ spricht von Verrat und fordert die Regierung auf, dafür zu sorgen, daß Maginot zur Demission gezwungen wird. Unter Anspielung auf die verschiedenen Mißerfolge, die das Kabinett in der ersten Woche seines Bestehens bereits erlebt hat, schreibt das Blatt: „Wir werben nicht, daß das Land über die ärgerlichen Anfänge der neuen Majorität auf das höchste erregt ist, und daß es sich mit Unruhe fragt, was Herrit und seine Mitarbeiter, die von den eigenen Truppen zu schlecht unterstützt werden, von den gegebenen Versprechungen werden halten können. Wenn die Kammer vor ihren Feinden nicht das Mittel findet, die öffentliche Meinung zu beruhigen, so soll sie auf der Hut sein. Das Frankreich des 11. Mai würde es nicht verzeihen, wenn man ihm seinen Siegfabottiere.“

In anderen linken Blättern wird die Regierung aufgefordert, möglichst bald den Entwurf zur Einführung der einjährigen Dienstzeit einzubringen, und die einzelnen Mitglieder des Heeresauschusses zu zwingen, in öffentlicher Abstimmung Stellung zu nehmen, wobei nach ihrer Auffassung wahrscheinlich eine ähnliche Haltung gewisser radikalsozialistischer Mitglieder des Ausschusses unmöglich wäre. Auf diese Weise würde ein Konflikt zwischen dem Ausschuss und dem Vorparlament geschaffen werden, durch den eine Abdankung des Ausschussvorsitzenden notwendig werden würde.

# Das Kleingartenwesen.

## Ausbau der kleingärtnerischen Organisation.

Die wirtschaftliche Organisation des Kleingartenwesens ist während der letzten Jahre weiter fortgeschritten und der Zusammenschluß der Kleingärtner im Reichsverband der Kleingärtnervereine Deutschlands (R.K.V.) hat sich wesentlich gefestigt. Am diesen Zusammenschluß, der im wirtschaftlichen Interesse der Kleingärtner selbst liegt, weiter zu fördern, soll, wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem Erlaß des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt entnimmt, künftig allen Kleingärtnervereinen der Beitritt zu diesem Verband nahegelegt werden mit dem Hinweis, daß grundsätzlich keinem Verein die Gemeinnützigkeit im Sinne der A.O.D. und damit die Befugnis, als Generalpächter aufzutreten, verliehen werden soll, der nicht dem Verband angeschlossen ist.

Für die ihnen gewährten Vorteile sollen die als gemeinnützig anerkannten Vereine sich ihrerseits verpflichten, darüber zu wachen, daß ihre Unterpächter, die einzelnen Kleingärtner, überall ordnungsgemäß und sachkundig wirtschaften. Darunter ist nicht nur eine sorgfältige Bestellung, Düngung, Ungezieferbekämpfung usw. zu verstehen, vielmehr gehört dazu auch, daß der Garten nicht Zudeck in einem ungesunden Zustand gehalten wird, wobei allerdings, je nach Lage des Gartens, im Stadtkern oder mehr außerhalb die Anforderungen verschieden zu stellen sind. Diese „Kulturaufricht“ werden die anerkannten Vereine durch besonders dafür gebildete Ausschüsse, in denen zweimalig auch die städtische Kleingartenstelle vertreten sein sollte, als Generalpächter auszuüben haben. Das Kleingartenland umfaßt heute Tausende von Hektaren in der nächsten Umgebung der Städte. Es ist daher bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands nicht erträglich, daß diese Bänder überwiegen oder ausschließlich als Blumen- und Kinderparadiese benutzt werden, es ist das übrigens auch schon seit längerer Zeit nicht mehr der Fall. Es muß vielmehr eine gewisse wirtschaftliche Ausnutzung verlangt werden. Andererseits muß das Gartengelände auch in seinem äußeren Ansehen mehr als bisher gepflegt werden. (Aussehen der Zäune, Bäume, Wege, Blumenpflege usw.), wenn sich die Gemeinden mit der durchaus berechtigten Forderung der Kleingärtner nach Anlage von Dauerkolonien befreunden sollen. Daneben soll die wirtschaftliche Organisation der Kleingärtner durch die Regierungspräsidenten nach Möglichkeit weiter gefördert werden, und zwar in der Weise, daß entweder die Kleingärtner wirtschaftliche Organisationen aus sich — unter Umständen im Zusammengehen mit den Wohnungsfürsorgegesellschaften —, z. B. Einkaufs-G. m. b. H. für Saat- und Düngungsmittel, schaffen oder daß die Stadt ihrerseits die Gesamtregelung der wirtschaftlichen Fragen in die Hand nimmt durch Schaffung einer sogenannten „Stadtlandkultur G. m. b. H.“, wie dies z. B. in Grünberg i. Schles. mit bestem Erfolg geschehen ist, daß die Gesellschaft ihre Unkosten deckt.

Die Forderung nach möglichst starker wirtschaftlicher Ausnutzung des Kleingartenlandes darf indessen nicht dazu führen, daß die mit dem Kleingartenwesen eng verbundene Jugend- und Gesundheitspflege dabei vernachlässigt wird. Beides ist miteinander zu verbinden, in der Weise, daß die Gärten einen Freizeitspielplatz für die etwas größeren Kinder umschließen, während für die ganz kleinen auch im intensiv bewirtschafteten Garten eine Spielwiese freibleiben muß.

# Wieder ein Chloroformüberfall.

## Ein Lehrer in der Ringbahn betäubt und beraubt.

Nachdem sich vor kurzem ein ähnlicher Fall ereignet hatte, ist gestern wieder der Possigier eines Ringbahnwagens betäubt und beraubt worden.

Der Lehrer Georg Patzsch aus der Aniephofstraße hatte mit dem Besprekolegium eines größeren Ausflugs gemacht. Um 12 Uhr nachts bestieg er auf der Station Straßau ein Abteil 2. Klasse eines Ringbahnzuges, um nach Steglitz zurückzufahren. Er war zwar etwas ermüdet, hatte aber nichts getrunken und schlief nicht ein. Wann und wo er aber dann das Bewußtsein verloren hat, weiß er nicht. Erst gegen 1 1/2 Uhr wurde er auf dem Bahnhof Reufeld im Abteil aufgefunden. Seine goldene doppelkapselige Uhr und seine Geldtasche, die nur 3 M. enthielt, waren gestohlen. In dem Abteil war deutlich ein Chloroformgeruch wahrzunehmen. Der Mann war so hinfallen, daß er von Bahnhofsbeamten aus dem Abteil getragen werden mußte. Er litt an ganzen Körper und konnte sich nicht aufrichten halten. Erst allmählich erholte er sich wieder, so daß er seine Wohnung aufsuchen konnte. Auch nachdem er hier einen halben Tag im Bett gelegen hatte, fühlte er sich noch unwohl. Mitteilungen zur Aufklärung an Kriminalkommissar Dr. Klemm im Polizeipräsidium.

# Zahlungsschwierigkeiten der Erstkassen?

Man schreibt uns: „Am letzten Freitag fand eine große Kreisversammlung statt, welche über allerlei interessante Dinge Aufschluß gab. Die Ärzte scheinen immer mehr die von ihnen bisher geschmähten „parlamentarischen“ Umgangsformen übernehmen zu wollen; denn es hat sich gegen Ende der Versammlung eine seltene Keilerei entwickelt, in die auch ein sehr prominenter Arzt eingegriffen haben soll. Dank der Propaganda der Ärzte während des verstrichenen Jahres soll die Groß-Dichtfelder Erstkasse erheblich an Mitglieder zugenommen haben, aber trotz der dadurch erzielten ungeheuren Beitragsentnahmen jetzt in ernste Zahlungsschwierigkeiten geraten sein, weil im Reich vieler Berliner Kassenärzte die Höhenlinie nie untergeht“ und weil auch sonst die Wiederkehr der Erstkassen alle Zahlungen an die Ärzte gestundet haben; ein ähnlicher Fall soll für die anderen Erstkassen vorliegen, denen für die Monate Mai und Juni 15 Proz. ihrer Gesamtschulden an die Ärzte nachgelassen werden sein sollen. Man erkennt daraus, daß die von den Ärzten viel geschmähten Einprüchdemütigungen der Ortskrankenkassen durchaus berechtigt waren, und daß die Krankheiten der Versicherten selbst nach der Meinung der Ärzte mit bedeutend geringeren Mitteln geheilt werden können, als die Ärzte früher so oft behauptet haben. Circa 30 Proz. der beanpruchten Kassenärzte sollen von der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin eine Monatseinnahme von etwa 400 M. erzielen, ganz abgesehen von den Einnahmen, die sie noch von anderen Krankenkassen haben. Ueber ein Duzend Ärzte erhalten allein von der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin mehr als 2000 M. im Monat, ungerichtet ihrer Einnahmen von den anderen Krankenkassen. Demgemäß kann man von einem weitestgehenden Verzicht in Berlin doch wohl nicht sprechen. Der berechtigten mehrmonatigen Sparmaßnahmenpolitik der Ortskrankenkassen ist es zu verdanken, daß vom 1. Juli ab die Mitglieder der Ortskrankenkasse, auch ihre Familienangehörigen auf Kosten der Krankenkasse ärztlich behandeln lassen können und auch vollkommen freie Arznei für Frau und Kinder bekommen, ohne auch nur einen Pfennig mehr Beitrag bezahlen zu müssen.“

# Wie die Bude einfällt.

Was tun die Berliner Hauseigentümer zur Besserung des dautlichen Zustandes ihrer Mietskammern? Wer's wissen will, der braucht nur einen Spaziergang durch die minder „vornehmen“ Straßen der Stadt zu machen. Das Bild, das sich ihm an den Häuserfronten und im Innern der Häuser bietet, ist die treffendste Antwort auf seine Frage. Nicht nur der Fuß läßt von den Außenwänden vieler Häuser in großen Fugen herab, auch Hausdächer und

Zimmerdecken sind manchmal so baufällig, daß es schon richtige Einstürze gegeben hat. Was jetzt in Berliner Häusern möglich ist, lehrt ein Vorfall, das uns aus Berlin-Mitte bekannt wird. Auf dem Grundstück Kurze Straße 9 steht hinter einem längst nicht mehr neuen Vorderhaus ein anscheinend noch älteres Hinterhaus, das schon recht abbruchreif aussieht. Nach den letzten Regengüssen erlebte die Bewohner einer Dachwohnung die Ueberflutung, daß von dem giebelförmig herausgebauten Dachfenster die Vorderwand sich löste und hinabstürzte. Das Fenster samt den umrahmenden Steinen des Mauerwerks und einem Teil der den Fenstergiebel bedeckenden Dachziegel flog auf den Hof, so daß die hinunterstürzende Last einen Menschen hätte erschlagen können. Niemand wird glauben wollen, daß dieser Absturz sozusagen „aus heiler Haut“ gekommen sei. Daß hier Bauaufälligkeit bestand und Gefahr drohte, muß doch schon längere Zeit vorher zu bemerken gewesen sein. Hoffentlich wird die zuständige Behörde feststellen können, auf wessen Schulden es zu legen ist, daß dem Zusammenbruch nicht rechtzeitig vorgebeugt wurde. Der Eigentümer wohnt natürlich nicht in seinem Hause Kurze Straße 9, das ihm wahrscheinlich nicht „nobel“ genug wäre.

# Abbau des Berliner Magistrats.

In der Polemik der bürgerlichen Presse wird es stets so dargestellt, als ob die Sozialdemokratie einen Abbau des Berliner Magistrats verhindern wolle und sich überhaupt gegen den Abbau sozialdemokratischer Magistratsmitglieder wende. Auch eine Anfrage der Deutschen Nationalen im Preussischen Landtag unterstellte wider besseres Wissen diese fahle Behauptung. Demgegenüber ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß die preussische Abbauregung einen Abbau bis zu 25 Prozent vorsieht. Von den 18 besetzten Magistratsmitgliedern des Magistrats sind inzwischen bereits ausgeschieden der Stadtbaurat Horton, der Stadtmedizinalrat Rabnow, der Wohlfahrtsdeputierter, Stadtrat Hingke und der Stadtbaurat Hoffmann.

Das sind rund 30 Prozent des Berliner Magistrats, denn keine unbesetzten Mitglieder unterliegen nicht der Abbauregung. Außerdem ist von der Stadterordnetenversammlung der Abbau von drei weiteren Magistratsmitgliedern verlangt. Daß die Vorschläge nicht auf politischen Erwägungen beruhen, zeigt niemand mehr zu behaupten. Trotzdem ist es auch nicht wahr, daß die Sozialdemokratie sich auch diesem Abbau von vornherein widersetzt hätte. Sie wäre zweifellos auch hier zu Zugeständnissen bereit gewesen.

Die Schärfe des Konflikts hat sich erst ergeben, als im Falle Paulsen die bürgerlichen Parteien durch ihre ständige wachsende Beschäftigung selbst dem Bistesen harmlos machen, daß sie die Personalabbauregung zu einem politischen Gemisch ausnutzen wollen. Ebenso verlor die Sozialdemokratie die Sozialdemokratie verändere den Abbau der Bezirksämter.

Nachdem jetzt alle Bezirksämter sich gelöhrt haben, hat der Magistrat sich dahin entschieden, daß mit Ausnahme einiger größerer Bezirksämter, für die drei Stadträte zum Abbau vorgeschlagen werden, bei der Mehrzahl der Berliner Bezirksämter zwei besoldete Mitarbeiter abzubauen sind. Wie wir hören, beabsichtigt der Magistrat, keine Entschädigung vor der endgültigen Durchführung nach der gemischten Deputation für die Organisation Berlins zur Begünstigung vorzulegen. Der endgültige Abbau müßte dann später von den Bezirksversammlungen, die die Personen zu bestimmen haben, vorgenommen werden und würde spätestens im September erfolgen.

# Ein neuer Park in Tempelhof.

Die frühere Dörfgemeinde Tempelhof hat den Bewohnern des Gemeindegeländes verschiedene Parkanlagen zu liefern verstanden. Zunächst hatte sie nur die Dorjau, die nach Art eines Schmuckplatzes ausgestaltet wurde. Im Jahre 1903 erwarb die Gemeinde den großen Gutsplatz neben der alten Kirche, der jetzt „Alter Park“ heißt und eine vielstündige Erholungsstätte geworden ist. Hierzu kam 1913 ein auf der anderen Seite der Kirche gelegener Erholungsplatz, der jetzt „Neuer Park“ heißt, den die Gemeinde den Erholungsuchenden zugänglich machte. Im Jahre 1914 fiel dann an die Gemeinde auch das Gelände, das westlich der Kirche bis zur Manteuffelstraße erstreckt. Hier, in dem jetzigen „Neuen Park“, hat sich Gelegenheit, Plätze für die spielende Jugend einzurichten. Auch bei der Bebauung des Tempelhofer Feldes begonnene, aber nicht vollendete Parkanlagen mit seiner Planquadrat darf nicht unerwähnt bleiben. Jetzt ist der Verwaltungsbereich Tempelhof um eine neue Parkanlage bereichert worden, um den ehemals brandenburgischen Park an der Albrechtstraße, der einen schönen Baumbestand hat. Der Park wurde gestern der Öffentlichkeit übergeben.

Feuer in einer Möbelfabrik. Die Berliner Feuerwehr hatte in der vergangenen Nacht ein Großfeuer in der Schloßstraße 20 zu löschen. Es war erst in der neunten Abendstunde bemerkt worden, als es schon eine große Ausdehnung erlangt hatte. Bei Anbruch der ersten Löschzüge unter Leitung des Bourais stand dort die Möbel- und Treppelfabrik von Berthold Böhlert auf dem Hofe schon in solcher Ausdehnung in Flammen, daß unverzüglich „Mittelfeuer“ an sämtliche Wachen gemeldet werden mußte. Die Feuerwehr mußte wegen der großen Verqualmung und Hitze über zwei mechanische Leitern vorgehen und mit 10 Schlauchleitungen bis 10 Uhr löschen.

Ein Leichenfund befristet: die Kriminalpolizei. In Brig wurde gestern nachmittag um 3 Uhr in der verlängerten Johannisthaler Straße am Delfter Ufer die Leiche eines unbekannteren Mannes aus dem Teilowkanal gefischt. Sie kann nur ganz kurze Zeit im Wasser gelegen haben. Bekleidet war sie nur mit einem gewöhnlichen Leinwandhemd und braunen gestreiften Strümpfen. Andere Kleidungsstücke wurden beim Abjuden des Wassers und des Geländes nicht gefunden. Der Tote ist etwa 20 Jahre alt, 1,65 Meter groß und kräftig gebaut und hat dunkelblondes Haar und einen gekrümmten Schnurrbart. Mitleidungen zur Feststellung der Persönlichkeit und zur Aufklärung nimmt Kriminalkommissar Bahmig im Polizeipräsidium entgegen. — Aus der Spree gelandet wurde auf dem hinteren Ende des Grundstücks Köpenicker Straße 12 die Leiche einer unbekannteren Frau von etwa 18—20 Jahren. Sie wurde nach dem Schaubau gebrochen. Die Leiche ist etwa 1,60 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und trug einen grünblauen gestreiften Jumper, ein graubraunes gestreiftes Fräulein, braune Strümpfe, schwarze Halbschuhe, eine weiße Unterhose und ein weißes Hemd, das K. gezeichnet ist. Die Leiche kann etwa 3—4 Tage im Wasser gelegen haben.

Bei einer Schlägerei gelöst. Gegen 1 Uhr nachts wurden zwei Polizeibeamte durch Passanten nach der Marienthalestraße gerufen, wo sich eine Schlägerei zwischen mehreren Männern entwickelt hatte. Als die Beamten eintrafen, hatten sich die Beteiligten bereits entfernt. Nur einer von ihnen, der 40 Jahre alte Dreher Max Binding, Hofenbeide 9, lag in einer Blutlache heimatungslos am Boden. Die Beamten brachten ihn nach dem Beihankenkrankenhaus, wo er jedoch bald nach seiner Aufnahme verstarb. Von den Tätern hat man bisher noch keine Spur.

Aufhebung der Gebühren für das dänische Durchreisevisum. Die dänische Gesandtschaft in Berlin teilt mit, daß in der Zeit bis zum 31. August d. J. deutsche Staatsangehörige, die durch Dänemark nach einem anderen Lande nachreisen, das sie beabsichtigen, durch Dänemark zu reisen, das dänische Durchreisevisum gebührenfrei erhalten.

# Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Abfrier, vorwiegend trübe mit Regenschauern und hart aufsteigenden wädelichen Wädeln. Deutschland: Im östlichen Teil Deutschlands noch warm, bei zunehmender Bewölkung, sonst meist regnerisch und kühl.

# Gewerkschaftsbewegung

## Gautag der Bankangestellten.

Am Sonntag fand der Gautag der Bankangestellten seine Fortsetzung. Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Die Tarispolitik des Verbandes, referierte der Zentralgeschäftsführer Emonts. Er zeichnete nach kurzer Betrachtung über die Entwicklung des Tarifs während der Inflationsperiode die Zukunftslinien. Durch die eingetretene Stabilisierung sei eine Sanierung mit sehr starkem Abbau des Angestelltenkörpers eingetreten. Als Fachorganisation habe der Allgemeine Verband der Bankangestellten den Standpunkt vertreten, daß dieser Abbau auch nicht dadurch zu verhindern sei, wenn eine Kürzung der Arbeitszeit verlangt werden würde. Es sei vielmehr die Auffassung zu vertreten, daß für den in den Betrieben verbleibenden Rest der Bankangestellten eine angemessene Entlohnung und Sicherung der rechtlichen Stellung zu verlangen sei. Auf die Anträge der kommunistischen Diskussionsredner auf Umstellung der Leitung und des Funktionärkörpers erwiderte der Referent, daß eine Kampfesfront mit den anderen Angestellten- und Arbeiterorganisationen in erster Linie und dadurch geschaffen werden könnte, daß bei den immer noch rückständigen und zum Teil monarchistisch infizierten Beamtenangehörigen noch ein außerordentliches Maß freigewerkschaftlicher Erziehungsarbeit geleistet werden müsse.

Im nächsten Referat: Betriebsräte und Gewerkschaften gab der Vorsitzende des Betriebsrates der Disconto-Gesellschaft, Genosse Henke, einen vorzüglichen Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung des Betriebsrätegedankens. Die Zukunftsaufgaben des Betriebsrates seien: durch gute Schulung, Aneignung der wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse Faktoren zu sein, die eine genaue Kontrolle und einen sicheren Ueberblick über die Wirtschaft haben. Nicht die Wirtschaft habe den Staat, sondern der Staat die Wirtschaft zu beherrschen. Das Reservat, aus dem die Betriebsräte zu entnehmen seien, sind die Gewerkschaften. Deshalb sei es auch vornehmste Aufgabe der Gewerkschaften, Betriebsräte heranzubilden und zu schulen.

Den Geschäftsbericht des Gaus für die verfloffenen zwei Jahre gab der Geschäftsführer Sekretär Gaedike. Daraus ist hervorzuheben, daß die Ortsgruppe Groß-Berlin nach der abgeschlossenen Inflationsperiode mit einer starken Erwerbslosenziffer belastet ist. Der Abbau hat auch Lücken in den Funktionärkörper des Verbandes gerissen. Die vorgeschlagenen organisatorischen Maßnahmen sollen dem Wiederaufbau dienen.

Der Geschäftsführer wurde bei wenigen Stimmenthaltungen im Amte bestätigt. Bei den Wahlen der Delegierten zum Verbandstage wurde die von den Sektionen geschlossene eingereichte Liste gegen die Stimmen der kommunistischen Delegierten gewählt. Ebenso wurde der bestehende Gauvorstand mit Ergänzungen für ausgeschiedene Mitglieder wiedergewählt.

Die Anträge auf Statutenänderung wurden auf Grund der Vorarbeiten der Kommission mit 52 gegen 8 Stimmen angenommen. Die Anträge der Kommunisten auf Statutenänderung, Beitritt des Verbandes zur Internationalen Arbeiterhilfe, Protest gegen das Verbot der „Roten Fahne“, Antrag auf Protesteinstellung gegenüber dem Zentralverband der Angestellten wegen Ausschluß der Kommunisten usw. verfielen der Ablehnung.

## Neuer Lohnstarif im Baugewerbe.

Nachdem seit einiger Zeit im Baugewerbe tariflos gearbeitet wird, wurden die Parteien vom Schlichter zu Verhandlungen geladen. Diese fanden am Dienstag statt. Die Arbeitnehmervertreter hielten an der bisherigen Forderung von 1 M. Stundenlohn fest. Die Unternehmer zögerten aber keinerlei Entgegenkommen und beschränkten sich auf die gegenwärtige Geldkrise. Vom Schlichter Biffell wurde ein Vergleichsvorschlag gemacht, welcher für Maurer und Facharbeiter einen Stundenlohn von 88 Pf. (bisher 85) bringt. Hilfsarbeiter erhalten 73 Pf. (72) und Tiefbauarbeiter 59 Pf. (58). Diese Löhne gelten ab 2. Juli bis zum 12. August. Vom 13. August ab tritt eine weitere Zulage für Maurer von 2 Pf. und 1 Pf. für die anderen Gruppen ein. Außerdem wurde in die Vereinbarung eine Klausel aufgenommen, wonach eine Abänderung dieser Lohnregelung nur dann beantragt werden kann, wenn die Löhne am 25. Juni festgestellte Reichsindexziffer sich um mehr als 5 Proz. verändern sollte.

Zu diesem Vergleichsvorschlag nahm eine Generalversammlung des Baugewerksbundes noch gestern Stellung. Nach eingehender Debatte, in der das für und wider eingehend erwoogen wurde, kam die Versammlung zu dem Beschluß, den Vergleichsvorschlag anzunehmen, jedoch soll der Gesamtmittelbesitz die Möglichkeit gegeben werden, durch Urabstimmung zu dem Vergleich

Stellung zu nehmen. Die Urabstimmung findet am Sonnabend, nachmittags in der Zeit von 4—8 Uhr in den bekannten Bezirkslokale statt.

## Früchte kommunistischer Erziehung.

Am Montag fand eine Jahreshellenversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer im Gewerkschaftshause statt, in der Reppschläger den Bericht vom Stand der Bewegung gab. Er streifte kurz nochmals den verfloffenen Streik und verteidigte hierbei die einzelnen Maßnahmen, die der Vorstand während des Kampfes empfohlen hatte, die aber von den Mitgliedern abgelehnt wurden. Gegenüber den Mitgliedern, die in der letzten Versammlung an der Führung des Kampfes eine streng sachliche Kritik geübt hatten, betrieß sich Reppschläger auf einen Artikel des „Vorwärts“, in dem ausgesprochen wurde, daß während eines Kampfes innere Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten zurückgestellt werden müßten, um nach außenhin eine geschlossene Front zu bilden. (Was für uns dreimal verfluchte Reformisten eine glatte Selbstverständlichkeit ist, aber nicht für Reppschläger.) Zum Schluß erklärte R. das bisherige Ergebnis des Streiks als einen „Sieg“, wenn auch „nicht einen vollkommenen“.

Als erster Diskussionsredner sprach Frach. Er unterzog die Ergebnisse der letzten neun Wochen einer kritischen Betrachtung vom Standpunkt des Gewerkschaftlers aus, wobei er die Lage auf dem Baunarkt in Verbindung mit der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen in den Vordergrund seiner Betrachtung rückte.

Schon nach den ersten Sätzen machte sich eine große Unruhe bemerkbar. Offenbar wollte man die Geflohenheit der letzten drei Jahre auch jetzt nicht preisgeben, sondern auch weiter die SPD-Zimmerer nicht frei reden lassen. Die Unterbrechungen der Zellenbauer häuften sich und wurden immer stürmischer. Als Frach noch verurteilte, die Lehren, die wir aus dem verfloffenen Streik zu ziehen haben, darzulegen und er immer wieder durch ganz unqualifizierte Zwischenrufe am Reden verhindert wurde, erklärte er, solange es gescheit sei, daß politische Abenteurer und gewerkschaftliche Analphabeten sich in unserer Organisation so breitmachen dürfen, würde unsere Organisation nicht wieder gesunden.

Hierauf sprach Kreuz (KPD.). Nach einigen Sätzen wurde er durch einige Zwischenrufe unterbrochen, worauf er einen unserer Genossen „Lump“ titulierte. Als nun mehrere Mitglieder vom Vorstands verlangten, daß er dies doch zum mindesten rügen müsse, dieser sich aber ausdrücklich weigerte, verließen die SPD-Zimmerer den Saal. Kurz vor der Tür erhielt der Redner von dem kommunistischen Redner Beschnitte einen Faustschlag ins Gesicht, daß er stürzte; als er seinen Angreifer abwehren wollte, fiel ein ganzes Kugel der durch die Schule Moskows zur Roheit Erzogenen über ihn her. Es entstand eine Schlägerei, die die Fortsetzung der Versammlung unmöglich machte.

## Kommunistische Meinungsfreiheit.

Vor einiger Zeit wurde der Zimmerer Ljbarski, Mitglied der KPD. und des Zentralverbandes der Zimmerer, aus der KPD. ausgeschlossen. Sein „Verbrechen“ war nach der Anklageschrift, die wir wörtlich wiedergeben, das folgende:

Am 13. Mai 1924 fand im Lokal des Gastwirts Rüdke, Warschauer Straße 17, eine Versammlung der Zimmerleute statt. Diese Versammlung sollte zu dem vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch Stellung nehmen. Die KPD-Fraktion sah vor der Versammlung den Beschluß, den Schiedsspruch, der lautete, neun Stunden Arbeit und pro Stunde 0,85 Goldmark Lohn, wird als ungenügend abgelehnt. (Der Schiedsspruch ist in Wirklichkeit ein Vergleichsvorschlag des Schlichters, der ausdrücklich die 48stündige Arbeitszeit beibehält. Ann. d. Red.) An der alten Forderung, 8 Stunden Arbeitszeit und pro Stunde 1 Goldmark Lohn muß festgehalten werden. Ebenfalls muß der Streik mit allen Mitteln, die der Arbeiterschaft zur Verfügung stehen, weitergeführt werden. Genosse Ljbarski, welcher der Gruppe Schlesiener Bahnhof, 1. Abteilung, angehört und Fraktionsmitglied ist, nahm während der nachträglich stattfindenden Versammlung das Wort und sprach sich gegen den Fraktionsauschluß aus. Weiter forderte er die Annahme des Schiedsspruchs und den Abbruch des Streiks. Ferner sprach er öffentlich in der Zimmererversammlung über interne Fraktionsangelegenheiten und griff sogar persönlich einige Genossen der KPD. heftig an, wofür er von den SPD-Männern warmen Beifall erhielt. (Die Angriffe bestanden in Wirklichkeit darin, daß Ljbarski dem Vorsitzenden Reppschläger den Vorwurf machte, in der Fraktionsversammlung den gegenteiligen Standpunkt vertreten zu haben, den er in der fröhligen Versammlung verteidigte. 2. Soll Genosse L. bei der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung nicht so gewählt haben, wie es einem Kommunisten zukommt. Es sollten drei Delegierte gewählt werden und wurden vier Vorschläge gemacht, und zwar zwei KPD. und zwei SPD. Bei der Abstimmung stimmte Genosse L. folgendermaßen: einmal für KPD. und zweimal für SPD. Als Kommunist hatte er aber zweimal für die KPD. stimmen müssen und das drittemal sich der Stimme enthalten sollen.)

Wegen dieser Verurteilung gegen den Moskowitzschen Kabaner-gehörig wurde L. ausgeschlossen. Nach unserer Auffassung durchaus zu Recht. Jemand, der sich ein eigenes Urteil erlaubt und gewerkschaftliche Fragen statt nach dem Befehl von Moskows nach wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Grundsätzen beurteilt, gehört nicht in die KPD. Es steht aber den Leuten, die wegen solcher „Verbrechen“ Mitglieder ausschließen, besonders gut an, über den „Terror der Gewerkschaften“ zu lächeln, weil diese sich gegen die systematische Zerstörung der Kommunisten zur Wehr setzen.

## Konflikt in der Süßwarenindustrie.

In einer Versammlung der Süßwarenbranche des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren berichtete Brandenmeier Biengiers über den Unternehmerangriff auf den Mantelvertrag. Auch die Unternehmer der Süßwarenindustrie glauben, die Zeit sei gekommen, wo sie wieder ganz nach eigener Willkür Lohn- und Arbeitsverhältnisse „regeln“ könnten. Der jetzige Reichstarif läuft bis zum 31. August. Neue tarifliche Vereinbarungen lehnen die Arbeitnehmer nicht ab, aber ein neuer Tarif soll eben unbedingt ungünstiger für die Arbeitnehmer ausfallen. Die Arbeitszeit soll von acht auf neun Stunden heraufgesetzt werden. Wegfall der Feiertagsbezahlung, Ferienverlust und eine bedeutende Herabsetzung der Ueberstundenzuschläge; nur um diese Ziele zu erringen, haben die Unternehmer den Reichstarif gekündigt. Seit dem 26. Juni dauern schon die Verhandlungen an. Zu einem Ergebnis ist es bis zur Stunde noch nicht gekommen. Ob Schokoladen-, Süßwaren-, Keks- oder Teigwarenfabrikant, jeder von ihnen ist heute seiner wirtschaftlichen Organisation angegeschlossen. Es gilt jetzt für die Arbeiterschaft, diesem Beispiel der Unternehmer die gleiche Einheitsfront im Zentralverband der Bäcker und Konditoren gegenüberzustellen.

Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschließung an:

In Ermögung dessen, daß die Verhandlungen im Zentralauschluß noch nicht beendet sind, nimmt die heutige Branchenversammlung von einer Diskussion Abstand. Die Versammelten sind sich darin einig, daß eine Verschlechterung des Reichsmonettarifs nicht stattfinden darf. Die Vorschläge der Arbeitgeber weisen die Anwesenden mit Entrüstung zurück.

Deutscher Backmeisterversband, Bezirksverein Weihenstephan, Feilung Generalversammlung im Vereinslokal, Berliner Hof, Antonplatz.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Erich Salfermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Eckstein; Redaktion: Dr. John Schifano; Solales und Grafiken: Fritz Kahlert; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2.

**HOLZHÄUSER**  
von 500 Mk. an, Schuppen, Hallen, Garagen etc. liefert preiswert kurzfristig  
Holzhausbau Litzmann  
8 54, Lützowstraße 11/13  
Berlin 1924

Der gute Kapitän-Kaufabak ist das einzige Zigaretten-geschäft in Berlin  
C. Röcker, Berlin  
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3861

SOEBEN ERSCHEINT HEFT 4

# Die Gesellschaft

INTERNATIONALE REVUE FÜR  
SOZIALISMUS UND POLITIK

Herausgegeben von  
Dr. Rudolf Hilferding

AUS DEM INHALT:

Prof. Friedrich Meinecke: Machtpolitik und Staatsräson einst und jetzt / Morris Hillquit - New York: Aufgaben und Ausichten des amerikanischen Sozialismus / P. Veiland: Revolution und Militärtechnik / Karl Kautsky: Lassalle und die Gräfin Hatzfeld

M. 1.20 das Heft

Zu beziehen durch:  
J. H. W. Dietz Nachf., Berlin, Lindenstraße 2, Laden

# Saison-Kleiderhaus

Auf die sehr billigen Preise, bedingt durch Selbstanfertigung und Ausschaltung des Zwischenhandels, gebe ich vom **1. bis 7. Juli** einen Nachlaß **bis 50%**, der von den ausgezeichneten Preisen bar in Abzug gebracht wird.

<b>Herren-Sakko-Anzüge</b>	<b>Gummi- und Lodenmäntel</b>	<b>Hüte Herren-Artikel</b>
früher bis M. 29.— 36.— 48.— 63.— 85.—	früher bis M. 24.— 26.— 39.— 45.— 62.—	jetzt 3.95 5.90 6.50 7.— 8.50
jetzt 18.— 26.— 39.— 48.— 65.—	jetzt 13.50 18.— 29.— 36.— 47.—	<b>Mützen</b>
<b>Herren-Sport-Anzüge</b>	<b>Gesr. Beinkleider u. Breeches</b>	jetzt 0.95 1.50 2.40 3.— 3.70
früher bis M. 36.— 48.— 56.— 63.— 80.—	fr. b. M. 7.50 9.50 12.50 16.50 22.—	<b>Oberhemden</b>
jetzt 27.— 39.— 46.— 48.— 60.—	jetzt 5.50 7.50 9.50 12.— 16.—	jetzt 4.75 7.50 9.50 11.50 13.—
<b>Jünglings-Anzüge</b>	<b>Tennishosen</b>	<b>Kravatten</b>
früher bis M. 24.— 29.— 38.— 45.— 56.—	fr. bis M. 7.50 19.— 22.— 24.— 28.—	jetzt 0.35 0.75 1.50 1.95 3.50
jetzt 17.50 22.— 29.— 34.— 42.—	jetzt 6.75 17.— 19.80 21.60 25.20	<b>Stutzen</b>
<b>Herren-Schlüpfer und Ulster</b>	<b>Waschanzüge</b>	jetzt 1.— 1.45 1.75 2.10 2.95
früher bis M. 38.— 49.— 60.— 80.— 125.—	fr. bis M. 15.— 19.— 22.— 24.— 32.—	<b>Sportgürtel</b>
jetzt 25.— 37.— 42.— 56.— 80.—	jetzt 12.— 15.20 17.60 19.20 26.60	jetzt 0.90 1.50 1.80 1.90 1.95
		<b>Socken</b>
		jetzt 0.65 1.25 1.75 2.50 3.—

**Besonders preiswert!**  
Anzug nach Maß M. **75.— 95.—**

**Gottlieb Weipert** Gebr. 1892

# SCHÖNEBERG \* Hauptstr. 161